Kurz-Auswertung Interpellation "Queer in Bayern – damals, heute und in Zukunft"

Die Antworten auf die umfangreiche Interpellation der Landtags-Grünen unterstreichen, dass es bei der Queerpolitik der Söder-Regierung großen Handlungsbedarf gibt. Nach wie vor bestehen massive Missstände und hoher Nachbesserungsbedarf auf den Feldern Sicherheit, Beratung, Gesundheit, schulische Bildung und Sichtbarkeit.

Massive Zunahme bei queerfeindlicher Gewalt

Bayern hat ein Problem mit queerfeindlicher Gewalt. Während sich die Hasskriminalität insgesamt zwischen 2010 und 2021 vervierfacht hat, haben sich die erfassten Straftaten gegen queere Menschen in Bayern fast versiebenfacht, von 13 auf 88 Fälle. Besonders erschreckend ist die deutliche Zunahme bei den Körperverletzungen. (siehe Fragen 1.1, Seite 3 - 11) Trotz der massiven Zunahme dürfte es sich nur um die Spitze des Eisbergs handeln, das Dunkelfeld ist groß. Unabhängige Anti-Gewalt Anlaufstellen wie die Fachstelle Strong! im Sub in München verzeichnen für Bayern noch mehr Delikte.

Eine bessere Erfassung queerfeindlicher Straftaten kann nur durch Sensibilisierung in der Aus- und Fortbildung gelingen. Trotz eklatanter Zunahme von Straftaten existiert kein einziges spezifisches Modul zu LSBTIQ*. In der Fortbildung wird das Thema nur auf Nachfrage behandelt. (siehe Frage 1.4.3, Seite 19-20) Wir GRÜNE fordern die Erarbeitung eines spezifischen Moduls unter Beteiligung der Fachverbände der queeren Community. Um das Vertrauen der Community in die Polizei zu stärken und damit das Anzeigeverhalten zu verbessern, braucht es außerdem wie in anderen Bundesländern auch Ansprechpersonen für Opfer queerfeindlicher Gewalt in den Polizeipräsidien.

Bayern braucht flächendeckende Beratungsangebote

Nicht nur Straftaten, auch Diskriminierung im Allgemeinen stellen eine große Belastung für LSBTIQ* in Bayern dar, die auch gesundheitliche Folgen nach sich ziehen kann. Die Staatsregierung räumt selbst ein: „Diskriminierung von nicht-heterosexuellen und nicht cis-geschlechtlichen Menschen ist auch in Bayern noch ausgeprägt“. (siehe Frage 2.1.2, Seite 33 oben) Abseits der Prävention vor HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten unternimmt die Staatsregierung bisher fast nichts zur Förderung der physischen und psychischen Gesundheit von LSBTIQ*.

Um Diskriminierung wirksam zu begegnen und LSBTIQ* zu unterstützen, braucht Bayern flächendeckende Beratungsangebote. Der Freistaat darf die Verantwortung für queere Beratung nicht länger auf die Kommunen abschieben. (siehe Frage 4.3.4, Seite 74) Das Queere Netzwerk Bayern und einige wenige Beratungsstellen sind erst durch den massiven Druck der Landtagsopposition gefördert worden. Die inzwischen veranschlagten 700.000 Euro im Haushalt sind

gemessen an der Größe des Freistaats ein Tropfen auf den heißen Stein. Nachträglich versucht die CSU ihre miserable Bilanz schönzurechnen, indem alle AIDS-Beratungsstellen zur expliziten LSBTIQ*-Förderung erklärt werden. (siehe Frage 4.3.5, Seite 74-76) Fakt ist: Wir brauchen in jedem Regierungsbezirk mindestens eine leistungsstarke Beratungsstelle, die an der queeren Community angedockt ist. Dafür braucht es mindestens 2 Millionen Euro Förderung.

Angaben zu schulischen Aufklärungsprojekten fehlen

Gute Aufklärungsarbeit kann Diskriminierung verhindern. Der Freistaat trägt besonders in den Schulen die Verantwortung für entsprechende Angebote. Zur Durchführung von schulischen Aufklärungsprojekten und deren Förderung bleibt die Staatsregierung jede Antwort schuldig (siehe Fragen 5.2.4 bis 5.2.6, Seite 83). Das Ziel von uns GRÜNEN ist es, dass alle Schüler*innen an einem Aufklärungsprojekt teilnehmen. Dazu braucht es eine staatliche Förderung der bisher vor allem ehrenamtlich getragenen Projekte. Auch die Lehrkräfte müssen fit für das Thema gemacht werden. Während die Zahl der Fortbildungsangebote zugenommen hat, ist die Zahl der Teilnehmer*innen noch stark ausbaufähig (siehe Frage 5.2.14, Seite 94). Das Kultusministerium muss ein Konzept vorlegen, um die LSBTIQ*-Fortbildung endlich in die Fläche zu bekommen. Statistisch sitzt in jeder Klasse mindestens eine queere Person. Das Thema betrifft alle Lehrkräfte.

Fazit: Aktionsplan für Vielfalt und Akzeptanz von LSBTIQ* ist unverzichtbar

Viele Fragen bleiben unbeantwortet, weil sich die CSU jahrzehntelang dem Thema verweigert hat. Bayern hat als einziges Bundesland noch immer keinen Aktionsplan für Vielfalt und Akzeptanz von LSBTIQ*. Wir GRÜNE fordern: In jedem Ministerium müssen endlich verbindliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von LSBTIQ* festgelegt werden.